



DAS RAD ZURÜCKDREHEN?

**NEIN ZUR
KESB-INITIATIVE**

Medienmitteilung 6. März 2017

Komitee «NEIN zur KESB-Initiative» tritt auf

Mit 26 Persönlichkeiten aus der Gemeinde- und Kantonspolitik stellte sich am Montag das Schwyzer Komitee «Nein zur KESB-Initiative» vor. Mit stichhaltigen Argumenten.

«Wir wollen das Rad nicht zurückdrehen», verriet der Schwyzer Fürsorgepräsident und Kantonsrat Ivo Husi, der an der Pressekonferenz am Montag in Einsiedeln als Initiator und Sprecher des Nein-Komitees auftrat. So kommt auch das Logo der Initiative-Gegner daher.

Unterstützung der Fürsorgebehörde

«Wir diskutieren nicht über Einzelschicksale oder Fälle, die von der Schwyzer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde behandelt wurden», sagte Husi weiter. «Es entscheiden immer Menschen und oft verbergen sich hinter den Fällen tragische Schicksale.» Diese haben jedoch mit der Organisation an sich nichts zu tun. Die im Januar 2013 ins Leben gerufene KESB ist mit zwei Ämtern im Kanton Schwyz für eine professionelle Umsetzung des Kinder- und Erwachsenenschutzes zuständig. «Unser Bundesrecht schreibt diese Professionalisierung vor», sagt Husi weiter. «Und genau diese Professionalisierung ermöglicht objektive und fiskalpolitisch unabhängige Beurteilungen und Entscheidungen.» Gemäss einer Umfrage des Verbands Schwyzer Gemeinden und Bezirke (vszgb) unterstützt keine der Schwyzer Fürsorgebehörden die Initiative und 95 Prozent stehen für das heutige System ein. Sie wollen keine Reorganisation der KESB und fordern eine erhöhte und geregelte Zusammenarbeit mit der KESB! Die Initiative

hingegen hätte genau das Gegenteil zur Folge. «Es werden Ämter für Kindes- und Erwachsenenschutz und die Aufsicht auf Stufe Gemeinde und somit mehr Ämter und Aufgaben gefordert. Die Folge wären mehr Kosten bei den Gemeinden und eine ungleiche Behandlung innerhalb des Kantons», ist Ivo Husi überzeugt. Dies hat eine grössere Unsicherheit bei den Betroffenen zur Folge! Weiter wären bei einer gemäss Initiativtext alternativen Lösung «Zweckverband» die Einflussmöglichkeiten der Gemeinden gering und somit vom heutigen System kaum zu unterscheiden. Die Initiative kann bundesrechtliche Vorgaben nicht ändern.

Professionalisierung und Optimierung

Seit dem 1.1.2013 ist das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Dieses hat nebst den neuen Instrumenten Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung in erster Linie die Professionalisierung der verfügenden Behörde zum Inhalt. Im Gegensatz zur Vormundschaftsbehörde muss die KESB interdisziplinär aus Fachpersonen mit psychologischen, sozialen, pädagogischen, medizinischen, treuhänderischen und rechtlichen Berufskennntnissen zusammengesetzt sein. «Die Schwyzer KESB hat in den ersten vier Jahren gute Arbeit geleistet», sagte Ivo Husi an der Pressekonferenz. «Aber es gibt auch hier Optimierungspotential. Das ist aber normal bei einer so jungen Behörde.» So hat die Umfrage des vszgb ergeben, dass die Zusammenarbeit zwischen der KESB und den Gemeinden gefördert werden müsse. Und hier wurde bereits die Politik aktiv. Am 17.2.2017 reichten die Kantonsräte Ivo Husi, Matthias Kessler und Paul Furrer ein Postulat ein, welches die Zusammenarbeit zwischen der KESB und den Gemeinden gesetzlich und somit für den Stimmbürger spürbar regeln soll.

Aufbauen statt umstrukturieren

Für das Schwyzer Nein-Komitee ist klar. Die Initiative, über die am 21. Mai abgestimmt wird, ist abzulehnen. Denn eine erneute Umstrukturierung des Kindes- und Erwachsenenschutzes nach nur vier Jahren KESB schürt Unsicherheiten für sämtliche Beteiligte und ist auch volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Die Zeiten der Vormundschaftsbehörde sind seit über vier Jahren vorbei und aufgrund des geänderten Bundesrechts hinsichtlich Kindes- und Erwachsenenschutz nicht wieder herstellbar. «Wir unterstützen die Fürsorgebehörden und somit die Gemeinden, die sich für das heutige System

aussprechen», sagt Ivo Husi. «Und die müssen es ja aus ihrer täglichen Erfahrung am besten wissen.»

Text: Roger Bürgler

Infos: www.nein-kesb-initiative.ch

**Überparteiliches & unabhängiges Schwyzer Komitee
«NEIN ZUR KESB-INITIATIVE»**

Roger Bürgler
Politische Kommunikation
Altes Rathaus
6442 Gersau

Tel 041 829 80 20
info@rogerbuergler.ch